expertenReport



Quelle: Redaktion experten.de / KI-generiert

Commerzbank-Übernahme: Bund macht den Weg für UniCredit frei

Michael Fiedler

Nach monatelangem Widerstand verständigen sich Bundesregierung und UniCredit auf Bedingungen für eine Übernahme der Commerzbank. Die italienische Großbank sichert den Standort Frankfurt, Arbeitnehmerrechte und das Mittelstandsgeschäft zu. Im Gegenzug verzichtet der Bund auf eigene Vertreter im Aufsichtsrat. Vollzogen ist die Übernahme damit noch nicht.

Frankfurt bleibt Sitz – Mittelstandsgeschäft soll wachsen

Die Einigung umfasst mehrere Zusagen der italienischen Großbank. Demnach soll die Commerzbank als börsennotierte Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt erhalten bleiben. UniCredit verpflichtet sich außerdem, Arbeitnehmerrechte zu achten und das Geschäft mit mittelständischen Unternehmen auszubauen. Gerade der letzte Punkt ist für die Bundesregierung von besonderer Bedeutung. Die Commerzbank gehört zu den wichtigsten Finanzierungspartnern des deutschen Mittelstands. Eine Übernahme durch UniCredit, die über die HypoVereinsbank bereits stark im deutschen Firmenkundengeschäft vertreten ist, könnte die Wettbewerbsverhältnisse verändern. Über die künftige operative Eigenständigkeit der Commerzbank sagen die bisherigen Vereinbarungen allerdings noch wenig aus. Ob Kreditentscheidungen, Risikobewertungen und Kundenbetreuung langfristig unabhängig organisiert bleiben, ist damit nicht geklärt.

Bund verzichtet auf eigene Aufsichtsratsvertreter

Eine weitere Vereinbarung betrifft die künftige Besetzung des Aufsichtsrats. UniCredit soll zwei unabhängige Mitglieder vorschlagen, die mit dem deutschen Markt und der Commerzbank vertraut sind. Im Gegenzug verzichtet die Bundesregierung auf ihre Forderung, selbst zwei Vertreter in das Kontrollgremium entsenden zu können. Damit verständigen sich beide Seiten auf einen geordneten Übergang bei der Kontrolle des Instituts. Offen bleibt dagegen die Zukunft der staatlichen Beteiligung. Der Bund hält weiterhin 13,3 Prozent der Commerzbank-Aktien. Ob und wann er diese Beteiligung veräußern könnte, ließ Klingbeil offen.

Vom Widerstand zur Verständigung

Der politische Kurswechsel ist besonders bemerkenswert, weil die Bundesregierung die Übernahmepläne lange entschieden abgelehnt hatte. Im Juni hatte sich der Bund auch in seiner Rolle als Eigentümer gegen die UniCredit-Offerte positioniert. Er unterstützte die Eigenständigkeitsstrategie der Commerzbank und kritisierte unter anderem das Fehlen einer angemessenen Übernahmeprämie. Schon im Sommer deutete sich allerdings an, dass die Auseinandersetzung in eine neue Phase übergehen könnte. Commerzbank-Aufsichtsratschef Jens Weidmann forderte direkte Gespräche mit UniCredit-Chef Orcel. Ende Juli stellte sich das Frankfurter Institut zunehmend auf Verhandlungen über die Bedingungen einer möglichen Integration ein. Im Oktober folgte eine entscheidende aufsichtsrechtliche Weichenstellung: Die Europäische Zentralbank erlaubte UniCredit, ihre Beteiligung über die Schwelle von 30 Prozent hinaus auszubauen und die Kontrolle über die Commerzbank zu übernehmen. Inzwischen hat auch die Europäische Kommission grünes Licht gegeben. Damit sind wesentliche regulatorische Hürden beseitigt. Die politische Verständigung mit der Bundesregierung ist nun ein weiterer Schritt auf dem Weg zur angestrebten Übernahme.

Firmenkunden bleiben skeptisch

Dass die Übernahme nicht nur eine Frage der Eigentümerstruktur ist, zeigt eine Befragung deutscher Finanzverantwortlicher. Nach einer im Oktober veröffentlichten Untersuchung von FINANCE und F.A.Z. Business Media | research lehnen drei von vier befragten Finanzentscheidern die UniCredit-Pläne ab. 62 Prozent befürchten eine Schwächung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Allerdings erwarten 74 Prozent, dass auch nach einem Zusammenschluss ausreichend alternative Finanzierungspartner zur Verfügung stehen. Die Sorge richtet sich damit weniger auf einen unmittelbaren Zusammenbruch der Kreditversorgung als auf mögliche Veränderungen bei Wettbewerb, Finanzierungskonditionen und Betreuung mittelständischer Unternehmen. Die nun vereinbarten Zusagen zum Mittelstandsgeschäft könnten einen Teil dieser Vorbehalte adressieren. Ob sie ausreichen, um die Skepsis der Firmenkunden zu überwinden, wird sich erst zeigen, wenn die künftige Struktur der Bank konkreter wird.

Übernahme noch nicht abgeschlossen

Mit der Einigung zwischen Bundesregierung und UniCredit ist der Übernahmekampf nicht beendet. Die Vereinbarung schafft politische Voraussetzungen für den weiteren Prozess, ersetzt aber weder die noch erforderlichen unternehmerischen Schritte noch eine abschließende Klärung der künftigen Organisation. Für die Commerzbank selbst bleibt die Ausgangslage ungewöhnlich: Das Institut kann auf ein Rekordergebnis verweisen und verfolgt weiterhin eine Strategie profitablen Wachstums. Gleichzeitig rückt die Kontrolle durch einen Wettbewerber näher.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



https://www.experten.de/id/4953173/Unicredit--Commerzbank/